Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 251. | Dresden, Sonnabend den 28. Oktober 1911. | 22. Jahrg.

Hygiene und Sozialpolitik.

Zum Schluß der Hygiene-Ausstellung.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung geht zu Ende und es regt sich die Frage: Was kann von dieser Veranstaltung als Nutzen für die Allgemeinheit bleiben, welche Lehren hat sie uns für die Zukunft mitgegeben?

Wir wollen hier nicht sprechen von den Anregungen und dem erzieherischen Einwirkungen, die von den Darbietungen der Ausstellung auf die einzelnen Menschen, die sie besucht haben, ausgeübt sein mögen. Wir sehen den wichtigsten Ertrag dieses Ausstellungswerkes in der eindringlichen Lehre, daß alle Hygiene Sozialhygiene sein muß, daß die Gesundheitspflege, wenn sie wirksam sein soll und wenn sie weiter fortschreiten soll, eine gesellschaftliche Aufgabe sein muß. Zwar wurden in der Ausstellung — und das war der schwere Mangel, der ihr anhaftete — nicht die gesundheitsschädlichen Zustände gezeigt, unter denen gegenwärtig weiteste Volkskreise, insbesondere die Arbeiter zu leben verurteilt sind. Aber dieselbe ist die Ausstellung zu einer wirkungsvollen Demonstration für die Notwendigkeit umfassender sozialer Reformeinrichtungen geworden. Aus allen ihren Darbietungen ergibt sich die Notwendigkeit gesellschaftlicher Maßnahmen, die vom Staate und den Kommunen oder von besonderen Organisationen durchgeführt werden müssen.

Hygiene und Medizin, zwei nahe verwandte Zweige der angewandten Wissenschaft, sind bereits von der sich auf allen Gebieten unseres Kulturlebens durchringenden Sozialisierung ergriffen und umgestaltet worden, sind zu sozialen, gesellschaftlichen Angelegenheiten geworden. Als Kassenarzt, Stadtarzt, Gemeindearzt, Schularzt ist schon heute die Stellung der Aerzte eine ganz andere geworden, als sie noch vor wenigen Jahrzehnten gewesen ist. Aber auch die medizinische Wissenschaft selbst wendet sich nicht mehr nur an das einzelne Individuum, den Kranken, sondern mehr und mehr an die Gesellschaft, sie fordert soziale Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Heilung der Krankheiten. Hygiene und Medizin sind schon heute nicht mehr nur als Disziplinen der Naturwissenschaft zu betrachten, sondern vor allem auch als solche der Sozialwissenschaft, der Wissenschaft von der Entwicklung des menschlichen Zusammen- und Gemeinschaftslebens. Und es steht schon fest, daß Hygiene und Medizin ihre Ziele nur erreichen können in Verbindung mit einer ernsthaften und gründlichen Sozialpolitik, die sich auf den Richtlinien zum Sozialismus bewegt. „Die soziale Medizin als Wissenschaft kennzeichnet sich . . . als die Wissenschaft von den gesetzlichen oder gesellschaftlichen Maßnahmen in einem bestimmten Lande, die sich auf die Bevölkerung im ganzen oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und die Verminderung der Krankheitsursachen oder einen wirtschaftlichen Ersatz für Gesundheitsschädigungen und Ausnutzung der verbliebenen Arbeitsfähigkeit bezwecken . . . Die soziale Hygiene geht gewissermaßen darauf aus, ein Leben zu ermöglichen, aus dem die krankheitsmachenden Ursachen entfernt sind, also eine Gegend zu schaffen, in der infolge der vorzüglichen Wohnungseinrichtungen, der guten Wasserversorgung und Kanalisation, der einwandfreien Form der Nahrungsmittelbesorgung sozusagen ganz von selber die Krankheitsursachen fehlen." So charakterisiert Dr. med. Walter Ewald in einem kürzlich erschienenen hochinteressanten Werke* die soziale Medizin und die soziale Hygiene. Ueberschaut man alle gesellschaftliche Maßnahmen, wie sie von der sozialen Medizin und sozialen Hygiene verlangt werden, und wie sie nun in den Darbietungen der Hygiene-Ausstellung vor unser Auge geführt worden sind, so zeigt sich das Bild einer Entwicklung, die zur immer wachsenden Spezialisierung unserer gesamten Lebensverhältnisse hinführt. Ein solches Bild vorzuführen lag ganz und gar nicht in der Absicht der meisten Veranstalter und Mitwirkenden der Ausstellung, aber die Logik der Entwicklung treibt auch die Ahnungslosen und Widerstrebenden zu den sozialistischen Gestaden.

Die Gesellschaft muß sich des Individuums von der Wiege bis zum Grabe annehmen. Und sogar schon vor der Wiege. Die Rassenhygiene verlangt gesellschaftliche Maßnahmen, damit überhaupt gesunde Kinder gezeugt werden: Ausrottung der Tuberkulose, des Alkoholismus, der Syphilis, der Prostitution — gewaltige soziale Aufgaben, die nur durch ein so umfassendes System von gesellschaftlichen Reformen ihrer Lösung näher gebracht werden können, wie sie das sozialistische Programm aufstellt. Die Hygiene der Schwangerschaft und der Entbindung fordert, daß sich die Gesellschaft der Mutter annehme, durch einen großen, die ganze Geburts-, Wochenbetts- und Säuglingshygiene umfassenden sozialhygienischen Organismus, mit Mutterschaftsversicherung und Mutterschaftserziehung, und Mutterschutz. Die Säuglingshygiene legt der Gesellschaft die Verpflichtung auf, sich der Kinder von der Geburt an anzunehmen: ihre Gesundheit zu überwachen, für ihre richtige Ernährung und Pflege zu sorgen. Die Schulhygiene mit ihren Schulkliniken, Zahnkliniken, Schulbädern, mit orthopädischem Turnen zur Heilung der Rückenverkrümmung, den Liegehallen, Erholungsheimen, Waldschulen und Schulspeisungen — das alles sind Maßnahmen, die immer mehr zur gesteigerten Uebernahme der Pflege der Kinder durch die Gesellschaft führen.

Nicht das ist das Bedeutungsvolle der Hygiene-Ausstellung gewesen, daß sie einzelne treffliche, bereits bestehende hygienische Einrichtungen gezeigt hat, sondern daß sie die allgemeine und umfassende Durchführung solcher Einrichtungen als sozialhygienische Notwendigkeit aufdrängte, wenn die Gesellschaft gesund erhalten und gestärkt werden soll. Die Ausstellung mußte die Erkenntnis fördern, daß die Verluste, die infolge der heutigen hygienewidrigen Zustände an gesellschaftlichen Werten (Arbeitskräfte), eintreten, wesentlich höher sind, als alle Einrichtungen kosten würden, die geeignet sind, vielen Krankheiten, frühem Siechtum, der Arbeitsunfähigkeit und der Vernichtung von Menschenleben vorzubeugen und eine kräftige und gesunde Menschenrasse zu erzielen. Soziale Medizin und soziale Hygiene müssen daher in einer sozialen Politik gipfeln. Der Ausbau der Arbeiterversicherung und des staatlichen Arbeiterschutzes sind Kardinalforderungen der Hygiene. Die Krankenpflege und die Krankenheilung werden immer mehr gesellschaftliche Angelegenheiten, und der Arzt wird immer mehr Gesundheitsbeamter. Auch die Kommunalpolitik ist wesentlich Kommunalhygiene: Lebensmittelkontrolle und Lebensmittelbeschaffung, Wasserversorgung und Kanalisation, Beseitigung der Abfallstoffe und Straßenreinigung, Wohnungsreform und Beerdigungswesen. Die so bedeutungsvolle Milchhygiene verlangt eine gesellschaftliche Regelung der Milchproduktion und des Milchvertriebs, die beide in ihren ersten Anfängen in den städtischen Milchzentralen und Milchgütern bereits vorhanden sind. Das gleiche gilt aber auch für alle anderen Nahrungsmittel. Und über allem steht die Hygiene der Arbeit, die hygienisch einwandfreie Arbeitsräume und Arbeitsmethoden, eine kurze Arbeitszeit, aber auch einen hohen Lohn verlangt, damit Körper, Nerven und Hirn der Arbeitenden stets kräftig und gesund erhalten werden können. Auch die meisten Krankheiten sind soziale Erscheinungen, die durch soziale Maßnahmen zu überwinden sind. „Die Hygiene wendet sich gegen die Tuberkulose, wenn sie sich um die Hebung des Wohnungswesens kümmert, da hier eine Wohnungskrankheit vorliegt, oder wenn sie Sicherheitsmaßregeln in gewissen Gewerbebetrieben veranlaßt, sobald die Seuche als Berufskrankheit auftritt," sagt Dr. Ewald in dem obengenannten Lehrbuch.

Die moderne Hygiene muß jeden Wollenden zur Sozialpolitik führen, zur bewußten Mitarbeit am beschleunigten Ausbau der gesellschaftlichen Maßnahmen, die allein die Gesundung und Gesunderhaltung des Volkes zu bewirken vermögen. Diejenigen aber, deren Dasein durch die gegenwärtigen hygienewidrigen Lebensbedingungen herabgedrückt, verkürzt und verelendet werden, die arbeitenden Klassen, werden weitaus am nachhaltigsten und nachdrücklichsten die Lehren aus dieser Ausstellung ziehen. Sie werden unablässig kämpfen — gegen Unverstand und Bosheit! — für die immer weitere und vollkommenere Durchführung der sozialen Gesundheitspflege!

* Soziale Medizin. Ein Lehrbuch für Aerzte, Studierende, Medizinal- und Verwaltungsbeamte, Sozialpolitiker, Behörden und Kommunen. Von Dr. med. Walter Ewald, Privatdozent der Sozialen Medizin. 1. Bd. Verlag von Julius Springer, Berlin, 1911. 592 Seiten.

Herunter die schwarze Flagge!

Der 1. badische Reichstagswahlkreis Konstanz-Ueberlingen ist dem Zentrum verloren. Was der erste Wahlgang in Aussicht stellte, hat die gestrige Stichwahl vollendet: Der Kandidat des liberalen Blocks, Gärtnereimeister Schmid, siegte mit 15440 Stimmen über den Zentrumskandidaten, Landgerichtsdirektor Freiherrn von Rüpplin, der 14045 Stimmen erhielt.

Das Zentrum hatte nach dem Ausfall der Hauptwahl nochmals die verzweifeltsten Anstrengungen unternommen, um nicht nach der schweren Niederlage von Düsseldorf auch in Konstanz zu unterliegen. Die „Entchristlichung der Schule", die „Knechtung der Kirche und des Glaubens" — das waren die schallenden Schlagworte, mit denen in dem fast ausschließlich katholischen Wahlkreise die Wähler geängstigt werden sollten. Aber alle Machenschaften der Geistlichkeit und ihrer weltlichen Helfer versagten. Die Wähler entgleiten der Partei, die unter dem Mantel der Religion den Betrug und die Ausbeutung des Volkes betreibt. Es gelang dem Zentrum nur,

Hansy und Dicky.

Ein Beitrag zur Psychologie der Könige.

I.

Was sich Könige — und Prinzen, die einmal König werden sollen — einander schreiben, kann für Politiker und Geschichtsforscher von hohem Interesse sein. Denn der Einfluß der regierenden Fürsten auf den Gang der Politik ist ja heute noch ein manchmal nicht unerheblicher, und er war früher ausschlaggebend oder mindestens sehr groß. Der soeben in einem 514 Seiten starken Band erschienene „Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen" (Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig 1911), der von Johann Georg, Herzog von Sachsen, herausgegeben wurde, bietet den Politikern und Geschichtsforschern aber nur eine geringe Ausbeute. Ein um so größeres Interesse dürfte dieser königliche Briefwechsel bei den Psychologen und Psychiatern erwecken! Und auch bei den „Untertanen", die einen interessanten Einblick in die Geistesverfassung von Personen erhalten, die bestimmt waren, das Volk zu „regieren".

König Friedrich Wilhelm IV. war bekanntlich von 1840—1861 König von Preußen. D. Fr. Strauß nannte ihn den „Romantiker auf dem Thron". Er wird als geistig zwar vielseitig, aber als selbstverblendet und launisch geschildert und starb bekanntlich in geistiger Umnachtung, an Gehirnerweichung. Seines Geisteszustands wegen war ja auch bereits im Oktober 1857 der spätere Kaiser Wilhelm I. als Regent für Preußen eingesetzt worden. König Johann von Sachsen kam erst im Jahre 1854 auf dem Thron. Er war geistig bis bedeutender Mensch. Die meisten der veröffentlichten Briefe stammen aus seiner Prinzenzeit her. Er war der Schwager von Friedrich Wilhelm IV., die beiden hatten Zwillingsschwestern geheiratet. Die meisten Briefe tragen deshalb auch einen rein familiären, privaten Charakter und sind nur mit einem „politischen Schwung" versehen, wie sich Friedrich Wilhelm IV. einmal ausdrückt. Die Briefschreiber reden miteinander als „Hansy" (Johann) und „Dicky" (Friedrich Wilhelm, der sehr dick war); Dicky nennt sich öfters auch als ein dicker Fisch, als einen Butt! — „Butt" war der Familienspitzname Friedrich Wilhelms IV. — oder er zeichnete sich, wie er sich gerührt die Tränen abwischt, weil Hansy „noch einmal die Feder" ergriff (1850), „um Dich bei allem was Dir heilig ist, bei Teutschlands und Preußens wohl und bei unserer alten Freundschaft . . . zu beschwören in einer Angelegenheit nachzugeben, in der Du ohne unabsehbares Unglück . . . nicht auf Deinem Sinne beharren kannst" — und dabei handelte es sich um den „Brudermörderischen Kampf", der 1866 doch noch gekommen ist! Dicky, Dicky, Dicki — Orthographie und Grammatik kommen in diesen Briefen schlecht weg! — nennt Hansy auch „Sasso de Dante!" und schreibt meistens sehr lustig, als wolle er Operettenfabrikanten Material liefern, während Hansys Briefe ernster und sachlicher sind. Der Briefwechsel wurde in politisch sehr ernsten und bedeutungsvollen Zeiten geführt, in der Zeit der sächsischen Verfassungskämpfe, in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 und später mit Wilhelm I. in den Kriegszeiten 1866 und 1870/71. Die Briefe behandeln in dieser Zeit politische Fragen und die Geistesverfassung der Briefschreiber in diesen Zeiten ist nicht uninteressant.

Im Jahre 1850 wurde die lustige briefliche Unterhaltung der beiden Schwäger plötzlich durch ein Ereignis gestört, das beide in eine nicht gelinde Aufregung versetzten. Hansy hatte die Uebersetzung der Göttlichen Komödie von Dante bereits vollendet und stack gerade „bis über beide Ohren in den Noten zum Dante", als die „Kanaille" Volk in Dresden ein Revolutiönchen machte. Wütend, wie nach Blut lechzend, schreibt nun „Dicky" — der damals noch Kronprinz war — an seinen Hansy am 28. September 1850:

„. . . . Die Ereignisse bey Euch sind mir von allen ähnlichen, jetzt fast unzähligen im schönen teutschen Lande die widrigsten und empörendsten. In Braunschweig und Kassel herrschten oder herrschen Ungeheuer, würdig denen verstorbenen Gottheiten Heliogabalus und Commodus' verglichen zu werden; Onkel Altenburg . . . hat sich als alter Esel bewährt. . . . Bey Euch waltet die väterlichste, billigste Regierung von Teutschland. Ihr habt ein treues Herr, die mächtigsten Nachbarn, denen es eine Freude wäre, Euch moralisch oder physisch beizuspringen, und vor allem ein vortreffliches Volk auf dem Lande! — ! — ! — ! — Und Ihr weist dem Otternngezücht, der Handvoll Kanaille und Kannillen, dieser Mixtur von empörten Pöbeln und schändlichen Empörern nicht die Zähne? — !!! . . . Und noch heute höre ich, daß Ihr mit dem Gesindel Euch einlaßt, bald nachgebt, bald vorstellt, bittet und verhandelt — (das macht mir das Blut sieden) — da wo Ihr von Gott und Rechts wegen nichts tun solltet als befehlen — entweder, oder — . . . . Ein Befehl an Eure Garnisonen, und sie besetzen jauchzend die ungehorsamen Städte . . . und flösse ein wenig Blut, nun denn mit Gottes Hilfe fließe es; es ist gewiß solches Blut, das besser auf dem Pflaster des Alten und Neu-Markts an seinem Platze ist als in den Adern, die es jetzt durchströmt —."

Dicky beschwört dann seinen „geliebten Freund" noch, dahin zu wirken, „daß man kein Federlesens mit den Kerls mache. . . . . Drohen sie, so verweise man sie auf die schleunige Antwort aus dem Munde der Geschütze."

Diese Geistesverfassung Dickys macht so manches verständlich, was sich später in den Märztagen 1848 zugetragen hat. Freilich hat Dicky auch noch den Hut ziehen, bitten und verhandeln müssen und konnte nicht immer mit Kanonen reden. Hansy mußte aber schon 1830 einsehen lernen, daß es nicht eine so leichte Sache ist, das unzufriedene Volk einfach über den Haufen zu schießen. Auch war er zweifellos wesentlich verständiger und einsichtsvoller als Dicky. Er gibt in seiner Antwort vom 27. September 1850 diesem zwar nicht ganz unrecht. Aber, so bemerkt er, es dürfe nicht übersehen werden, „daß bei uns darum die Sache viel gefährlicher war, weil allerdings selbst die Bessergesinnten und nicht ohne Grund mit dem schlaffen Gang der Administration unzufrieden waren, der Aufstand an vielen Punkten des Landes ausbrach, unsre Truppen zwar treu, aber nicht stark sind und fremde Hilfe doch immer ein höchst schmerzliches Mittel für jede Regierung bleibt." In Dresden waren auch nur 400 Mann in der Stadt und „hatten dazu nur zwei Patronen auf den Kopf". Er verspricht aber, alles tun zu wollen, „um die Anforderungen einer notwendigen Besserung nicht in Glücklichmacherei und Revolutionieren ausarten zu lassen" und er bittet dann um Zusendung des Entwurfs der preußischen Städteordnung, „daß wir dabei eure Erfahrungen benutzen und nicht einen allzu demokratischen Grund legen." Dicky schickte auch die Städteordnung und seine Briefe drehen sich wieder um Pfefferkuchen und andere Familiensachen. Aber schon im folgenden Jahre, gab es wieder „Unruhen" in Dresden, über die Hansy einen ausführlichen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111028/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG